

**HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER**

A-1031 WIEN

KUNDMANNGASSE 21

POSTFACH 600

TELEX 136682 hvsvt a

DVR 0024279

VORWAHL Inland: 0222, Ausland: 43-1

TEL. 711 32 / KI. 1203 DW

TELEFAX 711 32 3777

Zl. 12-43.00/94 Rf/En

Wien, 26. April 1994

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. .... 28 ...	GE/19... 94
Datum: 29. MRZ. 1994	
Verteilt 3. Mai 1994	

*L. Hajek*

**Betr.:** Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz und das Eltern-Karenzurlaubsgesetz geändert werden

**Bezug:** Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales an den Hauptverband vom 10. März 1994, Zl. 52.135/3-2/94

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat uns ersucht, Ihnen 25 Ausfertigungen unserer Stellungnahme zu übersenden.

Wir übermitteln Ihnen hiemit die erbetenen Kopien.

Hochachtungsvoll  
Der Generaldirektor:

Beilagen



**HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER**

A-1031 WIEN

KUNDMANNGASSE 21

POSTFACH 600

TELEX 136682 hvsvt a

DVR 0024279

VORWAHL Inland: 0222, Ausland: 43-1

TEL. 711 32 / KI. 1203 DW

TELEFAX 711 32 3777

Zl. 12-43.02/94 Rf/En

Wien, 26. April 1994

An das  
Bundesministerium für Arbeit  
und Soziales

Stubenring 1  
1010 Wien

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutz-  
gesetz und das Eltern-Karenzurlaubsgesetz geändert werden

Bezug: Ihr Schreiben vom 10. März 1994, Zl. 52.135/3-2/94

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Hauptverband erhebt gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf  
keine grundsätzlichen Einwände.

Die in der beiliegenden Stellungnahme der Steiermärkischen Ge-  
bietskrankenkasse enthaltenen Anmerkungen werden zur weiteren Verwen-  
dung zur Kenntnis gebracht.

Ihrem Ersuchen entsprechend haben wir 25 Ausfertigungen dieser  
Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Hochachtungsvoll  
Der Generaldirektor:

Beilage





STEIERMÄRKISCHE GEBIETSKRANKENKASSE

Josef-Pongratz-Platz 1 – Postfach 900, 8011 Graz

Telefon (0316) 8035



Zl. R/117/94/Dr. Hn/Sche

Bei Erwiderung bitte auf dieses Zeichen Bezug nehmen.

Auskunft Hr. Dr. Hansmann  
 Durchwahl 131  
 Telefax (0316) 8035-590

Graz, am 14.04.1994

An den  
 Hauptverband der österr.  
 Sozialversicherungsträger

Kundmanngasse 21  
 1030 W i e n

eingel.	22. APR. 1994
Aktenzeichen	12-11
erledigt	

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutz-  
 gesetz und das Eltern-Karenzurlaubsgesetz geändert werden

Bezug: do. Schreiben vom 31.3.1994  
 Zl. 12-43.02/94 Rf/En

Der do. Einladung Folge leistend gestattet sich die Kasse zu  
 dem im Betreff angeführten Gesetzesentwurf folgende  
 Stellungnahme abzugeben:

Die Kasse hält die Anordnung der Beschäftigungsverbote für  
 stillende Mütter unter einem § 4a für systematisch gesehen  
 fragwürdig. Eine solche Vorschrift könnte ja ohne weiteres im  
 § 5, etwa in Form einer lit. b des Abs. 3 eingefügt werden.  
 Schließlich wäre auch ein § 5a für diese Regelung denkbar.  
 Diese Systematik ist insoferne beachtlich, als ja im § 5  
 Beschäftigungsverbote für alle Mütter festgelegt sind, während  
 das Beschäftigungsverbot für stillende Mütter über diese im § 5  
 enthaltenen Verbote hinausgeht und somit logischerweise nach  
 den auf alle Mütter anzuwendenden Beschäftigungsverboten  
 plziert sein sollte. Probleme bereitet aber auch die neu  
 einzuführende Regelung des § 8a, wonach es werdenden und  
 stillenden Müttern zu ermöglichen ist, sich unter geeigneten  
 Bedingungen hinzulegen und auszuruhen. Wie dies in der Praxis



vollzogen werden soll und für welche Dauer dieser Ruheanspruch pro Arbeitstag gilt, ist leider nicht erkennbar. Eine derartige Anordnung sollte außerdem sinnvollerweise gleichfalls vom Arbeitsinspektionsarzt oder vom Amtsarzt vorweg getroffen werden. § 8a Abs.3, welcher die nicht in Betriebsgebäuden oder sonstigen ortgebundenen Anlagen beschäftigten Mütter von dieser Ruhemöglichkeit ausnimmt, ist zwar an sich logisch, da es nicht leicht sein wird, Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, die den Müttern Ruhemöglichkeiten außerhalb von Gebäuden eröffnen. andererseits ist es äußerst fraglich, ob diese Regelung sachlich gerechtfertigt ist. Schließlich ist nicht anzunehmen, daß werdende oder stillende Mütter, die außerhalb von Betriebsgebäuden ihrer Arbeit nachzugehen pflegen, medizinisch gesehen, kein Bedürfnis haben, sich auszuruhen.

Der § 13 wäre durchaus einfacher zu formulieren. So würde es ausreichen, festzuhalten, daß den Dienstnehmerinnen in allen Gerichts- oder Verwaltungsverfahren Parteistellung zukommt, ohne dabei die erforderliche Präzision vernachlässigen zu müssen.

Für völlig überflüssig hält die Kasse den Hinweis im § 38, daß, soweit auch andere Bundesgesetze anzuwenden sind, deren jeweils geltende Fassung in Betracht kommt. Eine solche Interpretation ist schon nach den allgemeinen Regeln geboten und bedarf keiner besonderen Erwähnung im Gesetz. Allein die Anwendung historischer Bestimmungen bedürfte einer ausdrücklichen Anordnung des Gesetzgebers.

Im übrigen wäre es wünschenswert, wenn in den Erläuterungen im Zusammenhang mit den Hinweisen auf EWR- bzw. EU-Recht die do. Rechtsverhältnisse etwas ausführlicher dargestellt werden.

Der Direktor:

(Dr. Pracher)